

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

5.2.1932 (No. 30)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expeditions
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangelegenheiten
Chefredakteur
G. W. E. N. D.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasstentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanbestellregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshochschule, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Zur Wahl des Reichspräsidenten

Da nach der Mitteilung des Reichsministers des Innern mit der Ausschreibung der Wahl des Reichspräsidenten in nächster Zeit zu rechnen ist, hat der badische Innenminister die Gemeinden Badens beauftragt, schon jetzt alle Vorkehrungen dahin zu treffen, daß die Stimmlisten und Stimmkarteien jederzeit auslegungsfähig sind. Soweit die Stimmkarteien und Stimmlisten von den Gemeindebehörden nicht fortgeschrieben werden, müssen sie berichtigt, ergänzt oder neu aufgestellt werden.

Die Wahlvorschläge für die Wahl des Reichspräsidenten bedürfen u. a. auch der Bescheinigung der Gemeindebehörden, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags stimmberechtigt sind. Diese Bescheinigungen auf den Unterschriftenlisten können schon jetzt ausgestellt werden. Den Ersuchen um Ausstellung derartiger Bescheinigungen ist mit tunlichster Beschleunigung zu entsprechen.

Dr. Goerdeler über Preisfenkung

Die städtischen Tarife

Vor Vertretern der Presse wies der Preiskommissar Dr. Goerdeler noch einmal darauf hin, daß der Lebenshaltungszustand sich gegenüber der Zeit zu Beginn der Preisfenkung um 6,3 Prozent und gegenüber dem Stand vom März 1929 um 20 Prozent senken habe. Der Preiskommissar verlangte mit allem Nachdruck, daß die Verbilligung sich bis zum letzten Verbraucher durchsetze. Von besonderem Interesse sei die Frage der Behandlung langfristiger Verträge. Bei Abschluß von Verträgen sei nur eine Erleichterung in der Weise möglich, daß die Ratengattungen auf einen längeren Zeitraum verteilt und somit kleiner werden.

In der Frage der Privat-Telephongesellschaften vertritt der Preisfenkungskommissar den Standpunkt, daß für die Leistungen, die in der Gegenwart und in der Zukunft fällig sind, eine Verbilligung eintreten muß. Zu den sogenannten Risiko-Verträgen betonte Dr. Goerdeler, wenn ein Wert durch langfristige Verträge an einen bestimmten Preis gebunden ist, das im Zeichen niedrigerer Konjunktur eine Gleichlaufzeit vereinbart habe, dann sei es eigene Schuld. Es kann nicht die Aufgabe behördlicher Stellen sein, eine risikolose Wirtschaft zu schaffen.

Zum Problem der gebundenen Preise kündigte Dr. Goerdeler eine Vereinfachung der Verordnung an, in der bestimmt wird, daß auf die Warenausschreibung der alte und der neue Preis gedruckt sein muß, damit der Käufer den Preisunterschied erkenne.

Schwierig sei die Frage der öffentlichen Tarife. Die Senkung sei teilweise so niedrig, daß geprüft werden müsse, ob es nicht zweckmäßig wäre, auf einem Gebiet zu senken, statt die Vorteile der Preisfenkung zu verzeteln.

Bei den Gasanstalten ist mit etwa 1/2 Pf. pro Kubikmeter die Kostenfenkung verhältnismäßig gering wegen des gleichzeitigen Preisfalls der Nebenprodukte. Bei den Elektrizitätstaxen beträgt sie durchschnittlich 0,3 bis 0,7 Pf. pro Kilowattstunde. Man müsse sich überlegen, ob es nicht für den Konsumenten vorteilhafter ist, die Senkung auf ein Gebiet zu konzentrieren, also beispielsweise auf den Gaspreis, der für die breiten Massen besonders wichtig ist. Von 680 Gaswerken haben bereits über 300 den Gaspreis um etwa 2 Pf. gesenkt. Bei den Elektrizitätswerken sind die Erfolge bisher geringer. Keinesfalls könne man aber bei der Beurteilung der Tarife an der Finanzlage der öffentlichen Körperschaften vorbeugehen. Die in den Tarifen enthaltenen Finanzzuschläge haben größte Bedeutung für die Aufrechterhaltung der kommunalen Finanzen.

Dr. Goerdeler hält es persönlich für möglich, die Arbeitslosenfürsorge in einer Weise umzugestalten, daß die Selbstverwaltungskörper wieder mit einer gewissen Stetigkeit ihrer Ausgaben rechnen können, und dann werde es möglich sein, die Tarife stärker herabzusetzen. Die Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge falle aber nicht in seinen Arbeitsbereich.

Die Zerlegungsversuche bei der Reichswehr. Zu gestern vom Berliner Polizeipräsidenten gemeldeten Verhaftungen wegen kommunistischer Zerlegungsversuche bei der Reichswehr, wird vom Reichswehrministerium mitgeteilt, daß die Versuche in keinem Falle Erfolg gehabt haben. Es treffe nicht zu, daß ein Reichswehrsoldat wegen Beteiligung an den Zerlegungsversuchen festgenommen worden sei. Der Soldat, der in einem Café mit einem Kommunisten zusammengekommen, ist derjenige, der die erste Anzeige erstattet hat und dessen Zusammenkommen mit dem Kommunisten zwecks Verhaftung vereinbart war.

Letzte Nachrichten

Die Genfer Abrüstungskonferenz

Das Programm für die nächsten Tage

WZ. Genf, 5. Febr. (Tel.) Die große politische Aussprache auf der Abrüstungskonferenz beginnt am Montag. Als erste Redner sind vorgemerkt: Sir John Simon, Ladbou, der amerikanische Botschafter Gibson und Reichkanzler Dr. Brüning.

Die Besprechungen Radolnys

WZ. Genf, 5. Febr. (Tel.) Der deutsche Botschafter Radolny, dessen geistige Unterredung mit Tardieu 1 1/2 Stunden dauerte, hat heute Besprechungen mit dem ungarischen Delegierten, Grafen Apponyi, dem italienischen Außenminister Grandi und dem schwedischen Gesandten Boheman. Das Gerücht, Italien beabsichtige, den Gedanken des Rüstungsstillstandes in seiner ursprünglichen Form wieder aufzugreifen und ein Abkommen darüber vorzuschlagen, wird von italienischen Kreisen dahin richtiggestellt, daß die italienische Delegation zu diesem Mittel nur dann greifen würde, wenn jede Aussicht auf eine bessere Lösung geschwunden sei, was erst gegen Ende der Konferenz festgestellt werden könne.

Der Krieg in Ostasien

Die Kämpfe in Schanghai

WZ. London, 5. Febr. (Tel.) Laut „Times“ haben die neuen japanischen Artillerie- und Bombenangriffe auf Schanghai zu einer neuen großen Feuerbrunst geführt. Die chinesischen Streitkräfte um Schanghai herum sollen ungefähr 25 000 Mann zählen, von denen aber nur ein kleiner Teil gegen die Japaner gekämpft hat. Es werde schwierig für die Chinesen sein, Verstärkungen heranzubringen, da viele japanische Kriegsschiffe den Hangtsu abpatrouillieren.

Der erste chinesisch-japanische Luftkampf

In Schanghai kam es zu einem Kampf zwischen zwei chinesischen Flugzeugen und sechs japanischen Bombern, in dessen Verlauf eine japanische Maschine abstürzte. Die Chinesen fanden bisher den japanischen Flugzeugen keine wechselfähigen gegenüber. Dieser erste Zusammenstoß in der Luft kann vielleicht als Einleitung großer Luftgefechte über der Niederlassung gelten; denn es verlautet, daß heute vormittag in Nanjing 18 chinesische Flugzeuge eingetroffen sind, deren Besatzung äußerlich kampflustig sei.

Der japanische Admiral Shiojawa soll Harakiri verübt haben. Obwohl amtlich in Abrede gestellt, wird dieses Gerücht von vielen in Schanghai geglaubt, da Shiojawa von Komura erjagt worden ist.

Einzug der Japaner in Chargin

WZ. Tokio, 5. Febr. (Tel.) Nach einer Blättermeldung rüdt die Vorhut der japanischen Expedition heute früh in Chargin ein.

Der Beirat für Bauparaffen

WZ. Berlin, 5. Febr. (Priv.-Tel.) Der Beirat für Bauparaffen trat am 3. und 4. Februar zu seiner ersten Sitzung zusammen. In lebhaftem Meinungsaustausch wurde besonders die Frage erörtert, inwieweit eine Möglichkeit für Sanierungsmaßnahmen bei Bauparaffen gegeben ist und wie in den Fällen, in denen die Liquidation oder der Bankrott der Bauparaffen unabweisbar ist, eine Verflechtung der Bauparaphypothesen bewerkstelligt werden kann.

Der Beirat äußerte sehr harte Bedenken über die nicht der Aufsicht des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung unterliegenden sog. Mobil- und Bauparaffen (insbesondere Automobilen- und Möbel-Bauparaffen) und bat, diese Bedenken dem Reichswirtschaftsminister zu übermitteln.

Die Warenhausfrage im Reichswirtschaftsrat. Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats, der sich mit der Frage der Konfessionierung von Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften zu beschäftigen hat, beendete am Mittwoch seine Verhandlungen. Der Ausschuß hörte etwa 80 Sachverständige der beteiligten Verbände. Die endgültige Erledigung des Stoffes durch den Arbeitsausschuß ist in zwei bis drei Wochen zu erwarten.

SPD. und Freie Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung. Der sozialdemokratische Parteivorstand und Vertreter der Reichstagsfraktion berieten am Mittwoch mit Vertretern der Freien Gewerkschaften und der ihnen nahestehenden Beamtenorganisationen über die Probleme der Arbeitsbeschaffung. Die Aussprache soll fortgesetzt werden. Über einstimmig bestand darüber, daß alle Pläne zur Arbeitsbeschaffung gefördert werden müßten, daß aber ebenso entschieden etwaige inflationistische Gefahren bekämpft werden müßten.

Die nächste Sitzung des Völkerverbundes, die sich mit dem Konflikt im Fernen Osten beschäftigt, soll am heutigen Freitag stattfinden. — Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses des Völkerverbundes für die Randkurie schiffen sich am Mittwoch in Le Havre ein, um über New York an ihren Bestimmungsort zu gelangen.

Im Danzig-polnischen Minderheitenstreit hat der Internationale Gerichtshof in Haag sich in seiner gutachtlichen Entscheidung mit neun gegen vier Stimmen für Danzigs Standpunkt ausgesprochen.

Wirtschaftliche Umschau

Die Einfuhrkontingentierungen der Schweiz und Frankreichs — Ein Keil treibt den andern — Der Umbau der Umsatzsteuer

Unser badisches Grenzland liegt an zwei Zollgrenzen des Auslandes, der der Schweiz und der Frankreichs. Diese beiden Länder sind daran, ein System auszubauen, um ihre immer mehr passiv gewordene Handelsbilanz zu verbessern, Maßnahmen, die sich vor allem gegen die deutsche Ausfuhr richten. Die badische Industrie und die badische Produktion wird diese Maßnahmen besonders spüren, zumal sie mit der Wirtschaft dieser beiden Länder von jeher viele Verbindungen hatte. Wir sehen aus diesen Absonderungsstendungen, wie sehr selbst solche kapitalstarke und über gewaltige Goldüberflüsse verfügende Staaten einen Egoismus pflegen, der eben nichts anderes ist, als Versuch, sich gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise möglichst zu sichern, um eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz und Verringerung der Kapitalmacht durch allzugroße Einfuhr aus dem Ausland hintanzuhalten. Bei beiden Staaten ist die wirtschaftliche Gefahr lange nicht so groß und zeigen sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bei weitem nicht so verheerend wie in Deutschland, aber man will eben das, was man hat, behalten.

Die Maßnahmen der Schweiz traten nach Ablauf des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags am heutigen 5. Februar in Kraft. Die Regierung hatte sich dazu vom Parlament außerordentliche Vollmachten geben lassen, um gegen bestimmte Länder, vor allem gegen die deutsche Einfuhr, getriggerte Einfuhrbeschränkungen in Kraft zu setzen. Es sind sogenannte Zollkontingente vorgesehen, so daß bestimmte Mengen Waren (die übrigens nicht veröffentlicht, sondern den interessierten Einfuhrstaaten direkt mitgeteilt werden) festgesetzt werden und nur diese Mengen zugelassen werden, während höhere Mengen mit höheren Zöllen belastet werden. Diese Zölle sind auf das drei- bis fünffache erhöht und absolut prohibitiv, d. h. einfuhrverhindernd. Aber auch die Einfuhr der Kontingente wird einer Einfuhrbewilligung für jeden Fall unterliegen. Es handelt sich zunächst um Holz, Möbel, Seide, Konfektions- und Wirkwaren, deren Einfuhr über die Kontingente hinaus mit Zöllen von 500 bis 2500 Franken für den Doppelzentner belegt wird. Die im deutsch-schweizerischen Handelsvertrag von 1921 von der Schweiz bewilligten Zollermäßigungen für deutsche Lederwaren, Holzwaren, Rappen, Konfektionsartikel, Baumaterialien, Taschenuhrengehäuse, Großuhren werden aufgehoben, so daß der gewöhnliche, schweizerische Tarif (sog. Gebrauchstarif) für diese Waren wieder in Kraft tritt. Zollhöhen treten nur insoweit ein, als die beiden Staaten die Zölle nicht auch Dritten gegenüber festgelegt haben. Es bleibt somit die Meistbegünstigung.

Die Schweiz glaubt dadurch die deutsche Einfuhr, die im vergangenen Jahre einen Wert von rund 660 Millionen Franken hatte, um etwa 10 Proz. zu verringern, sie muß aber auch nun mit deutschen Zollhöhen rechnen, und zwar für Schweizerwaren, elektrische Apparate, Stidereien, feine Baumwollgarne und Zelluloidwaren, Staniol, Maschinen und Schokolade. Dabei rechnet sich die Schweiz einen Rückgang ihrer Ausfuhr nach Deutschland um zirka 15 Millionen Franken jährlich heraus. Man will auf solche Weise offensichtlich auf dem Inlandsmarkt Ersatz für den Exportausfall suchen und rechnet mit der zweifellos vorhandenen hohen Kaufkraft des schweizerischen Volkes, das ja freilich im teuersten Land Europas wohnt.

Mit ihren Maßnahmen ist jedoch die Schweiz in eine Zwischmühle geraten, denn sie muß nun ihre eigene Exportindustrie gegen ähnliche Maßnahmen, wie sie sie selbst traf, schützen, vor allem gegen Frankreich, das nun die Einfuhr wichtiger schweizerischer Waren, u. a. elektrische Erzeugnisse (deren Hauptabnehmer Frankreich ist) gleichfalls kontingentiert hat. Diese französischen Kontingentierungsmaßnahmen spürt ja Deutschland schon lange, und es kam zu den Vereinbarungen der deutsch-französischen Wirtschaftskommission, die wenigstens so weit Erfolg hatten, als Frankreich für die industrielle Fertigwareneinfuhr nicht in derselben Weise autonome Kontingente festlegte oder überhaupt Einfuhrverbote erließ, wie für landwirtschaftliche Produkte und Holz. So ist man u. a. zu einer Einigung über die deutsche Stoffeinfuhr nach Frankreich gelangt und zu Verein-

barungen über Reduktionen bei anderen Waren, die freilich bei der deutschen Industrie immer größere Enttäuschungen hervorgerufen haben. Immerhin ist bis jetzt nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der deutschen Fertigwareneinfuhr nach Frankreich kontingentiert. Deutscherseits wird man sich dagegen wehren müssen, daß derartige Maßnahmen immer weiter gehen und den deutsch-französischen Handelsvertrag immer mehr aushöhlen.

Der Schweiz war von Frankreich im Handelsvertrag die unbeschränkte Einfuhr bestimmter Artikel, vor allen Dingen Elektrowaren zugesichert worden. Frankreich berief sich aber auf die sogenannte „Katastrophenklausel“, die in allen von Frankreich abgeschlossenen Handelsverträgen enthalten ist. Während die Schweiz zunächst dagegen Protest erhob, hat Deutschland die Auswirkungen dieser Klausel durch private Sonderabmachungen mit der französischen Wirtschaft zu mildern gesucht. Ferner hat Deutschland von Frankreich verlangt, daß es die Einfuhr auch aus anderen Ländern zurückschraube, und die Folge ist eben, daß nun auch die Schweiz von französischen Kontingentierungen betroffen wird. Schweizerseits hat man indirekt die Berechtigung des deutschen Verlangens an Frankreich zugegeben, denn als Deutschland von der Schweiz verlangte, daß sich die Kontingentierungen nicht allein gegen Deutschland richten dürften, verschloß man sich im Bundesrat diesem Argument nicht, da ja sonst lediglich Deutschland geschädigt würde, ohne daß die Schweizer Produktion wirkliche Vorteile hätte, weil eben dann mehr Waren aus anderen Ländern hereinkämen. Demgemäß wurde auch bei den gegenwärtigen deutsch-schweizerischen Verhandlungen in Bern offiziell anerkannt, daß die gegen Deutschland gerichteten Einschränkungen nicht zu einer Begünstigung anderer Länder führen dürften. Ein Keil treibt den andern. Hier werden die Schwierigkeiten und die verhängnisvollen Wirkungen der Abschließungstendenzen der europäischen Wirtschaftstaaten gegeneinander deutlich sichtbar. Über die völlige Abkehr Englands vom Freihandel berichten wir an anderer Stelle des Blattes.

Die Notverordnung vom 8. Dezember hat bekanntlich die Umsatzsteuer auf 2 bzw. 2½ Proz. (bisher 0,85, im Einzelhandel bei einem Jahresumsatz von über 1 Million Reichsmark 1,35 Proz.) erhöht, wobei Brot und Getreide ausgenommen wurden. In der Verordnung wurde auch die Einführung einer sog. „Ausgleichsteuer“ angekündigt, d. h. es sollen nun auch Einfuhrwaren zum Ausgleich der Belastung, welche die deutschen Waren erfahren, der Umsatzsteuer unterworfen werden. Diese Ausgleichsteuer soll demnächst, am 10. Februar, in Kraft treten, nachdem sie bereits ursprünglich zum Anfang dieses Monats in Aussicht genommen war. Von den Importwaren werden nach dem Wortlaut der Notverordnung nur „bestimmte Rohstoffe, die für die deutsche Produktion erforderlich sind und im Inland nicht oder in nicht ausreichender Menge erzeugt werden“, befreit sein. Nach Blättermeldungen werden auf dieser Freiliste insbesondere Textilrohstoffe, Rohwolle, Baumwolle, Zute, Hanf und ferner Kautschuk stehen. Dagegen voraussichtlich nicht Mineralöle und Treibstoffe.

Ferner hat die Notverordnung in Aussicht genommen, nach österreichischem Muster für bestimmte Waren die sog. „Phasenaufschaltung“ in Aussicht zu nehmen. Dadurch sollen diese Waren nicht mehr wie bisher bei jedem einzelnen Umsatz erfaßt werden (Mehrphasensteuer), sondern auf einmal. Es wurde bereits damals angekündigt, daß diese Phasenaufschaltung zunächst auf dem Gebiet der Textilwirtschaft eingeführt werden soll. In diesen Tagen in Berlin stattgefundenen Verhandlungen haben nun allerdings gezeigt, daß weder Produzenten, noch Großhandel, noch Einzelhandel die Stelle sein wollen, bei denen diese zusammengefaßte Umsatzsteuer auf einmal erhoben wird. Nicht mit Unrecht wies der Einzelhandel darauf hin, daß die Erhebung der Umsatzsteuer bei ihm Mehrkosten verursachen würde, die nicht mit dem Ziel der Verwaltungsvereinfachung in Einklang stünden. Ganz abgesehen davon, daß bei den kleinen, bisher von der Umsatzsteuer befreiten Betrieben, deren Umsatz unter 5000 RM (es gibt auch viele Gemischtwarengeschäfte, welche Textilwaren nur nebenher führen) und bei den kleinen Betrieben, welche keine Buchführung haben, die Steuer sehr schwer richtig zu erfassen sein werde. Vorher erklärte sich auch die Textilindustrie dagegen, daß bei ihr die Steuer erhoben werde, doch wird sie wahrscheinlich nicht durchdringen, wie es heißt ist geplant, die Steuer bei den Webern einzuführen. Ihre Einführung soll zum 1. April erfolgen.

Reichsgericht gegen preußische Regierung. In dem Streit des preußischen Ministeriums des Innern gegen den Reichsinnenminister wegen des Verbots des nationalsozialistischen Berliner „Angriff“ vom 8. Januar hat das Reichsgericht gegen die preußische Regierung entschieden. Es hält die Aufhebung des Verbots durch den Reichsinnenminister für berechtigt. Der Ausdruck „Notationskynagoge“ stelle keine Beleidigung oder Beschimpfung für die Darstellung des Prozesses über die Kurfürstendammtrawalle, die im „Angriff“ als Nummel und als Theater bzw. nicht ernst zu nehmende Angelegenheit bezeichnet wurden, führt das Reichsgericht aus, daß in dem Artikel des „Angriff“ nicht das Gericht gemeint sei, sondern als Nummel sei bezeichnet worden die Aufbauschung, die der Prozeß in einem Teil der Presse erfahren habe. Die Beschwerde der preußischen Regierung sei danach zu verwerfen.

Im Prozeß wegen der Unruhen auf dem Berliner Kurfürstendamm beantragte der Staatsanwalt gegen Graf Gellendorf zwei Jahre, gegen den Stabschef Ernst und den Hauptabteilungsleiter Brandt je 1½ Jahre Gefängnis.

Polizeiliche Hausdurchsuchungen bei führenden Nationalsozialisten

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Die badische politische Polizei mußte dieser Tage bei führenden Nationalsozialisten, die den sogenannten „agrarpolitischen Apparat“ einrichten oder ihn unterstützen sollen, polizeiliche Hausdurchsuchungen auf Grund der Beschlagnahmebestimmungen der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vornehmen. Die einheitlich vorgenommenen Durchsuchungen führten zur Sicherstellung umfangreichen Materials, dessen Sichtung noch im Gange ist; das Material bezieht sich insbesondere auf die Organisation des „agrarpolitischen Apparats“, dessen „Aufbau der Öffentlichkeit gegenüber geheim gehalten“ werden sollte, als „Kampfororganisation“ in Verbindung mit der SA. und SS.

Ausgangspunkt der polizeilichen Maßnahme war das Sonderrundschreiben des landwirtschaftlichen Fachberaters bei der Gauleitung der NSDAP. in Karlsruhe, Diplom-Landwirt und Truppführer der SA. in Karlsruhe Walter Reisch, vom 29. Juli 1931, das folgenden Wortlaut hat (Unterstreichungen nicht im Original):

NSDAP.
Gau Baden Karlsruhe, den 29. Juli 1931.
Organisations-Abt. 2
Abtlg. Landwirtschaft.
1931 Sonderrundschreiben!

An die Herren VVZ, VVZ und Ortsgruppenleiter.
Es besteht Veranlassung, auf folgende Punkte dringend hinzuweisen:

1. Im Interesse der Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes für den kommenden Winter müssen wir unsere bäuerlichen Bg. und Volksgenossen auffordern und es ihnen zur Pflicht machen, von der neuen Ernte nur so viel zu verkaufen, als mit dem Erlös die dringendsten Verpflichtungen gedeckt werden können und müssen. Das gilt nicht nur für Brotgetreide und Kartoffeln, sondern auch besonders für Vieh. Es ist also bei den Verkäufen die schärfste Zurückhaltung aufzuerlegen.

Wenn wir diese Forderung an unsere Bg. und andere Volksgenossen herausgeben, so können Sie versichert sein, daß wir uns der Verantwortung dafür voll bewußt sind, diese auch auf uns nehmen, und daß berechtigte Gründe uns zu dieser Aufforderung veranlassen.

Eines wird Ihnen doch alle klar sein, meine Herren, daß von der heutigen Regierung eine vernünftige Preispolitik und Schutz der Ernte nicht zu erwarten ist, weil schon alle Voraussetzungen dafür fehlen und da sie ja immer auf Schädigung der Landwirtschaft und Zerstörung unserer Bauernwirtschaft hingearbeitet hat. Es dürfte Ihnen auch weiterhin klar sein, daß die heutigen Nachhaber, besonders aber das jüdische Großkapital, das in uns mit vollem Recht seinen schärfsten und schlimmsten Gegner sieht, alles daransetzen werden, um uns an der Marktergreifung zu hindern, oder aber, sollten wir doch in den Besitz der Macht gelangen, uns die größten Schwierigkeiten in den Weg legen.

In einem ist nun das deutsche Volk immer und immer wieder am sichersten und schwersten zu treffen, an seiner Ernährungsgrundlage. Wer die Ernährung des Volkes beherrscht, beherrscht das Volk. Gerade deshalb beizugt für uns Nationalsozialisten heute schon und besonders, wenn wir die Macht im Staate haben, die vorrangigste Aufgabe, die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Heute schon müssen die Vorbereitungen getroffen werden.

Der Jude, unser und des Volkes schlimmster Feind, ist heute fast noch der einzige Mensch in Deutschland, dem große Kapitalien zur Verfügung stehen. Aus diesem

Abkehr Englands vom Freihandel

Ein allgemeiner Wertzoll von 10 Prozent

Im englischen Unterhaus hielt am Donnerstag Sachkanzler Neville Chamberlain seine mit Spannung erwartete Rede.

Die Grundlage der Regierungsvorschläge sei ein allgemeiner Wertzoll von 10 Proz. auf alle Importe mit gewissen Ausnahmen. Eingeschlossen in die Liste steuerfreier Artikel und Waren würden sein: Weizen, Fleisch, Fisch britischen Fanges, Rohbaumwolle, Rohwolle und Tee. Auf der Grundlage der 10 Proz. würde ein ergänzendes System von Zöllen aufgebaut werden. Keiner der Zölle würde in den Dominions vor der Ottawa-Konferenz in Kraft treten. Indien würde ebenfalls zu den Dominions gerechnet werden. Kolonien, Protektorate und Mandatsländer fielen in eine andere Kategorie. Ihre Produkte würden zu dem allgemeinen Tarif von 10 Proz. oder den Zusatzzöllen aufgenommen werden. Für Waren von fremden Ländern würde das Handelsamt autorisiert werden, zu dem bestehenden Zollfuß in Fällen von Diskriminierung gegenüber englischen Waren einen Zoll bis zu 100 Proz. aufzuerlegen.

Sir Herbert Samuel erklärte, die Frage der Kollektivverantwortlichkeit des Kabinetts werde am Montag besprochen werden. Der 10prozentige Tarif würde nur einen äußerst geringen Teil von Waren ohne Zoll lassen. Die Maßnahmen würden von dauerndem Charakter sein. Die von dem neuen Ausschuss zu schaffenden Zölle würden das Land engültig in ein protektionistisches Land verwandeln. Sir Herbert Samuel kündigte an, daß die Regierung dem Parlament binnen kurzem eine Landwirtschaftspolitik vorlegen werde, die dazu bestimmt sei, die Handelsbilanz zu stärken.

Der Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages, der gegenwärtig den Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte untersucht, vernahm am Mittwoch den Treuhänder Dr. Mayer von der Dresdener Bank. Aus seinen Aussagen ergab sich, daß die gesetzlichen Befugnisse der Revisionsverbände bisher überhaupt sehr beschränkt waren, und daß nach den vielfachen schlechten Erfahrungen Bestrebungen eingeleitet hätten, die Revision tatsächlich zu einem Schutz für die Einleger zu gestalten.

Kapitän Ehrhardt gewinnt seinen Pensionsprozeß. In dem Prozeß, den Kapitän Ehrhardt seit mehreren Jahren wegen seiner Pension gegen das Reichswehrministerium führt, hat jetzt das Kammergericht Berlin erneut ein Urteil zugunsten des ehemaligen Führers der Marinebrigade erlassen. Es hat festgestellt, daß das Reich nicht berechtigt sei, etwaige Schadenersatzansprüche aus dem Rapp-Rutsch gegen Ehrhardts Pensionsansprüche auszurechnen.

Gründe dürfte man ihn fast als den alleinigen Aufkäufer ansprechen können, und er wird sich daher die Gelegenheit nicht nehmen lassen, bei dem Massenangebot, das kommen wird, weil der Bauer Geld braucht, den Preis derart herunterdrücken, daß der Bauer wieder restlos um den Lohn seiner Arbeit gebracht wird, mit anderen Worten, er wird aus dieser Notlage seine besten Geschäfte zeitigen. Er wird es dann später, besonders im Winter und Frühjahr, wenn es ihm gelingen sollte, den größten Teil der Ernte für sich zu gewinnen, in der Hand haben, dem deutschen Volke den Brotkorb so hoch zu hängen und neue Verpflichtungen und Verschuldung auferlegen, die das deutsche Volk unweigerlich dem Bolschewismus und damit dem Chaos entgegenreiben.

Das Ausland wird sich dann die Gelegenheit auch nicht entgehen lassen, uns gegen einschneidende politische Forderungen Brotgetreide und andere Lebensmittel liefern. Das Volk wäre dann damit restlos den feindlichen Mächten ausgeliefert.

Es ist nicht ausgeschlossen, nein, sogar zu erwarten, daß der Bolschewismus in aller Wähe die Macht im Staate an sich reißt. Es dürfte ihm jedoch nur gelingen, die größeren Städte zu erobern, die er mit seiner Propaganda überschwemmt hat. Er hat aber veräußert, das flache Land für sich zu gewinnen. Das Bauerntum — die Landwirtschaft — steht aber bei uns. Und somit werden wir die Mittel in der Hand haben, den Bolschewismus hinwegzufegen, wenn wir den Städten die Lebensmittelfuhr sperren. Die Macht dieser Unternehmungen dürfte nur von kurzer Dauer sein. Die Bedingung dafür ist aber, daß der Bauer den Hauptteil seiner Ernte zurückbehält.

Noch ein weiterer Punkt ist zu beachten. Trotz aller Beteuerungen der Regierung ist die Währung doch gefährdet. Da ist dann gerade die Ernte, als Sachwert, das sicherste Kapital.

Der Bauer hat es heute wieder in der Hand, zur Rettung des Volkes einzuspringen, sein Volkstum zu bewahren und unsern Grundbesitz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ in die Tat umzusetzen. Ich erwarte, daß der Ruf nicht ungehört verhallt.

2. Ich verlange von jedem bäuerlichen Bg., daß er bei Finanzversteigerungen jeglicher Art nicht mitbietet, überhaupt nicht erscheint. Es darf heute keiner aus der Not des anderen einen Nutzen ziehen wollen, und wir haben auch gar keine Ursache, dem herbenden System mit diesen Geldern noch das Leben zu verlängern. Restlose Sabotage und eiserne Disziplin. Sie müssen aber auch auf ihre anderen Vorkesseln einen moralischen Druck ausüben, sich ebenfalls fernzuhalten.

3. Jeder, der Finanzschulden hat, und das werden die meisten sein, reißt sofort ein Stundungsgesuch ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Staat 120 Prozent Verzugszinsen fordert, d. h. für jeden angefangenen halben Monat 5 Proz.

4. Ich richte noch einmal die Bitte, sich die größte Mühe aufzuerlegen, eiserne Disziplin zu halten und vor allen Dingen den Dingen, die da kommen, in vollem Vertrauen auf unseren Führer Adolf Hitler mutig ins Auge zu schauen. Lassen Sie sich nicht zu Handlungen hinreißen, die Ihnen nichts nützen, sondern nur schaden können und evtl. nur der Partei Schaden zufügen.

5. Es wäre noch zu bemerken, daß der Landbund dieselben Aufforderungen an seine Mitglieder herausgibt.

Stempel:
Nat.-Soz. Deutsche Arbeiterpartei, Gau Baden. Heil!
Der Gaujuchberater: Der Landw. Gaujuchberater
Abt. Landwirtschaft. gez. Reisch.

Die österreichische Regierungserklärung

Frankreichs Hand

Die neue österreichische Regierung Buresch trat am Donnerstag vor den Nationalrat. Bundeskanzler Buresch betonte in der Regierungserklärung, die brüderliche Freundschaft mit Deutschland. In der Aussprache wurde u. a. von der Opposition scharf die Ausschiffung des Außenministers Schöber kritisiert, wobei auf Frankreich als Urheber hingedeutet wurde.

Im übrigen hörte man viele allgemeine Bemerkungen aus der Regierungserklärung. Das Gleichgewicht des Staatshaushalts soll erhalten, die Verwaltungsreform und die Einschränkungen fortgesetzt werden. Die Regierung werde für ihre Zwecke nie die Notensprelle in Tätigkeit setzen. Nach der Versicherung, daß die Außenpolitik in dem traditionellen Sinne der Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten und in erster Linie zu dem stammesverwandten Deutschen Reich fortgeführt werden sollte, erklärte der Bundeskanzler, die Regierung werde bei ihren Bemühungen um die Erhaltung und Erweiterung der Ausfuhr an dem unberrückbaren Grundsatz der Wahrung der vollkommenen politischen Unabhängigkeit Österreichs festhalten und keine politischen Bindungen übernehmen.

Der Sozialdemokrat Dr. Danneberg bezeichnet das neue Kabinett als eine Regierung des Fortwärtens. Wer Gefäß für die Würde der Republik besitze, müsse Protest dagegen erheben, daß ein Minister des Auslandes entlassen werde, weil irgendeine fremde Regierung (Frankreich) es verlange. Auch der großdeutsche Redner, Dr. Straßner, übte Kritik an der unholalen Beseitigung des Außenministers Schöber und bezeichnete das Vorgehen als einen feindlichen Akt gegen Deutschland. Die Donauföderation, die heute manche Anhänger finde, bedeute für die Landwirtschaft wie für die Industrie das schwerste Unglück.

Se ein Redner der Christlichsozialen und der Landbändler setzten sich für die Regierung ein. Da kein Vertrauensvotum eingebracht war, fiel keine Entscheidung. Die Regierung verlangt jetzt u. a. ein handelspolitisches Ermächtigungsgesetz, das der Zweidrittelmehrheit bedarf. Bei dieser Gelegenheit wird sich die Lebensfähigkeit der Minderheitsregierung Buresch zu erweisen haben.

Die sächsische Landvolksfraktion ist zu den Deutschen Nationalen übergetreten. Dazu teilt die Landtagsfraktion des Sächsischen Landvolks mit, daß die Landtagsfraktion „Sächsisches Landvolk“ keine Vertretung der Landvolkspartei, sondern die des Sächsischen Landvolkes gewesen sei. Die klare Scheidung von dieser Fraktion sei von der Landvolkspartei bereits im Dezember 1931 erfolgt.

Der Ausbillskredit für die Reichsbank

Ein amerikanischer Vorschlag zur Abklärung des französischen Anteils

Die New-Yorker „Veralt Tribune“ befaßt sich in ihrem Finanzteil mit der Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Kredits an die Reichsbank. Das Blatt glaubt, daß die Art und Weise, in der der Kredit verlängert wird, einen Rückschlus bedeute. Da die Verlängerung nur auf 30 Tage erfolgt (Gavas teilt die Verlängerung durch Frankreich nun offiziell mit), so scheinen die Gläubigerbanken auf die Initiative der Bank von Frankreich hin zu der alten Methode des „von der Hand in den Mund Lebens“ zurückzukehren.

Dadurch werde — so heißt es weiter — dieser Kredit zu einem politischen Instrument, das die Bank von Frankreich wie ein Damoclesschwert über der Reichsbank schweben lassen könne. Inzwischen sei das Stillhalteabkommen über die Privatkredite gefährdet, dessen Bestand von dem des Zentralbankkredits abhängt, und die Ungelegenheit in der Finanzwelt werde weiterhin vergrößert. In anderen Ländern werde der Wunsch immer stärker, daß die Reichsbank ein Arrangement treffe, um den Kredit der Bank von Frankreich im nächsten Monat abzudecken zu können. In diesem Zusammenhang wird in New York darauf hingewiesen, daß die Mittel zur Übernahme des Kreditanteils der Bank von Frankreich vorhanden seien, da ja das Kapital der BSB nur zu 25 Prozent eingezahlt werden sei.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus, ob die Regierung eine internationale Konferenz zur Festlegung eines internationalen Devisenhandels einberufen wolle, erklärte Schakfänger Chamberlain, er glaube nicht, daß eine internationale Devisenkonferenz gegenwärtig in der Lage sein könne, praktische Ergebnisse zu erzielen.

Die Staatsangehörigkeit Hitlers

Das Gutachten des Reichsinnenministeriums

Reichsminister Brüning hat dem Reichskanzler ein Gutachten zugehen lassen, das zu den Dokumenten der thüringischen Regierung zur Frage der Einbürgerung Adolf Hitlers Stellung nimmt.

Das Reichsinnenministerium sieht, der „Voss. Zig.“ zufolge, auf dem Standpunkt, daß wenn eine Erneuerung durch den damaligen Minister Fried in der von den beiden Beamten geschiedenen Weise erfolgt wäre, zweifellos der ganze Vorgang rechtsunwirksam sei. Es würde sich, falls Minister Fried die Urkunde vollzogen hätte, um eine Scheinernennung gehandelt haben, da weder der Ernennende noch der Ernennete die Absicht gehabt hätten, die Beamtenernennung herzustellen.

Kleine Chronik

Bei einer Übungsfahrt von Staatsanwälten und Richtern, die Donnerstagabend auf einem Wagen des Polizeistützpunktes für Technik und Verkehr in Berlin unternommen wurde, geriet der mit sechs Personen voll besetzte Wagen zwischen Mathenow und Rauen ins Schleudern und überschlug sich mehrere Male. Staatsanwaltschaftsrat Vethner wurde auf der Stelle getötet. Die anderen Anwesen und der Fahrlehrer trugen mehr oder weniger schwere Verletzungen davon.

Die Hoffnung der Verwaltung der Burbach-Kali-Werke AG, den Förderbetrieb im Volkstober Schacht in Thüringen, der vor dem Brande etwa 300 Tonnen Erddol pro Tag erbrachte, im Laufe der nächsten Woche wieder aufzunehmen, haben sich vorläufig nicht erfüllt. Der Erddol ist, der „Voss. Zig.“ zufolge, noch nicht erloschen. Volkstober ist auch einer der besten Kalischnäbe des Konzerns. Man wird nunmehr dazu übergehen müssen, den Schacht auf längere Zeit vollkommen abzudichten, um jegliche Sauerstoffzufuhr zu verhindern.

Das Wrack des gesunkenen englischen Unterseebootes „M 2“ liegt heute auf einer Seite mit einem während des Weltkrieges gesunkenen deutschen U-Boot und einer britischen U-Boot-Falle, einem sog. Qu-Boot.

In den Toahachapi-Bergen nördlich der Stadt Los Angeles (Kalifornien) wurden die Überreste eines seit einer Woche vermissten Passagier-Flugzeuges gefunden. Der Pilot und sieben Passagiere wurden als verstorbene Leichen aufgefunden.

Ein Spionageprozess in Mex. Das Mexiko-Gericht bewertete einen ehemaligen deutschen Offizier, den Baron von Verdun, weil er Spionage getrieben haben soll, im Verhaftungsverfahren zu 3 Jahren Gefängnis und zu 300 Franken Geldstrafe. Das Urteil der ersten Instanz hatte auf 2 Jahre Gefängnis und 300 Franken Geldstrafe gelaute.

Ein Mordanschlag wurde auf den norwegischen Verteidigungsminister verübt. Die Osloer Morgenblätter erklären, die Angreifer hätten die Absicht gehabt, sich militärischer Dokumente zu bemächtigen. „Tidens Tegn“ vermutet, die Angreifer seien von der russischen Geheimpolizei gesandt worden, um bestimmte Dokumente über die norwegische Nationalverteidigung zu entwenden.

Badischer Teil

Senkung der Verbands- und Vereinsbeiträge

Vom Badischen Statistischen Landesamt, das mit der Überwachung der Preise in Baden beauftragt ist, wird uns geschrieben:

Bei den derzeitigen äußerst gespannten Lohn- und Gehaltsverhältnissen fallen die regelmäßig zu erhaltenden Beiträge für Verbände, Vereine u. a. im Haushalt der Familien oft recht erheblich ins Gewicht. Angesichts der Preissteigerung, die von Handel, Gewerbe und Industrie bereits in erheblichem Umfang vorgenommen worden ist, sollten auch die Verbände und Vereine an eine Herabsetzung der Mitgliedsbeiträge herantreten. Es muß gewiß anerkannt werden, daß die meisten dieser Organisationen wertvolle Ziele auf den verschiedenen Gebieten unseres staatlichen oder wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder gesundheitlichen Lebens verfolgen, und daß auch sie vielfach schwer um ihren Bestand zu kämpfen haben. Dennoch darf nicht vergessen werden, daß ein großer Teil seine Beiträge seinerzeit noch unter erheblich besseren Lohn- oder Gehaltsverhältnissen der Mitglieder festgesetzt hat, daß die Beitragshöhe also der derzeitigen finanziellen Leistungsfähigkeit der meisten Mitglieder kaum mehr entspricht.

Es dürfte schließlich auch im Sinne der Verbände und Vereine selbst liegen, ihre Beiträge möglichst den Zeitverhältnissen anzupassen, da nur auf diese Weise einer das erfolgreiche Arbeiten der Organisation vielfach bedrohenden Abwanderung der Mitglieder begegnet werden kann.

Badischer Landtag

Der Staatsvoranschlag noch nicht fertiggestellt

Wie der Badische Landespreßdienst vernimmt, steht der Badische Landtag vor der Wiederaufnahme seiner Arbeiten. Am Montag, den 8. Februar, wird der Vertrauensmännerversammlung zu einer Sitzung zusammenzutreten, in der die Geschäftslage beraten werden wird. In der nächsten Woche werden verschiedene Ausschüsse tagen, soweit für sie Gegenstände zur Beratung vorliegen. Voraussichtlich findet dann die erste Plenarsitzung am Dienstag, den 16. Februar, statt.

Alle mit dem Staatsvoranschlag zusammenhängenden Anträge und Anfragen werden nicht gesondert, vielmehr in Verbindung mit diesem beraten und erledigt werden. Der Staatsvoranschlag selbst ist noch nicht fertiggestellt, da dem Finanzminister noch nicht alle Unterlagen aus den verschiedenen Ministerien vorliegen. Zu welchem Zeitpunkt er erscheinen wird, kann deshalb heute noch nicht gesagt werden. In den in der zweiten Februarhälfte stattfindenden Gesamtsitzungen des Landtags werden alle die Beratungsgegenstände erledigt werden, die vorweggenommen werden können.

Washington-Gedenkfeier in Heidelberg

Washington und Hindenburg

In der Reihe der deutschen Washington-Feiern fand Donnerstagabend in der Aula der Neuen Universität in Heidelberg vor geladenem Publikum die erste Gedenkfeier statt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vortrag von Professor Dr. Carl Wittke von der Ohio-Universität in Columbus (U.S.A.), der nach Begrüßungs- und Einführungsworten des Rektors der Heidelberger Universität nach einer eingehenden Schilderung des Werdeganges und der Bedeutung von George Washington für das amerikanische Volk einen Vergleich zwischen Washington und Hindenburg zog. In Amerika werde dem greisen Reichspräsidenten eine fast erstaunliche Verehrung entgegengebracht. Das Ansehen und die Achtung, die er im Ausland genieße, seien unübertroffen und unbestritten. Vielleicht mehr als in Deutschland, wo die Leidenschaften des innerpolitischen und des wirtschaftlichen Kampfes den Blick trüben, verehere Amerika die übertragende Gestalt Hindenburgs als die Verkörperung des wahrhaft Deutschen in des Wortes echtem Sinne. Nach einer ungenügenden Karriere, vertrieben, aber auch wieder voller Ähnlichkeit mit dem militärischen Führer im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und Amerikas erstem Präsidenten, habe auch Paul von Hindenburg sich einen Platz in dem Herzen des Volkes und in der Geschichte zu erwerben gewußt, so daß auch für ihn die Worte gelten, die einst bei Washingtons Tode gesprochen wurden: „Der erste im Kriege, der erste im Frieden und der erste in den Herzen seiner Mitbürger.“

Die Veranstaltung dankte dem Redner für seine warmherzigen Ausführungen mit langanhaltendem Beifall.

Der Verband badischer Gemeinden zur Verwaltungsreform

Dieser Tage hielt auch der Vorstand des Verbandes badischer Gemeinden eine Sitzung in Karlsruhe ab, der u. a. auch zur Verwaltungsreform Stellung nahm. In einem zu diesem Thema gefaßten Beschluß wird u. a. ausgeführt:

„Mit Rücksicht darauf, daß sehr viele Gemeinden einen bezweifelten Existenzkampf führen, weil trotz aller Vorleistungen sowohl der einzelnen Gemeinden wie des Verbandes bis jetzt keine ausreichende Hilfe geleistet und zudem kein brauchbarer Steuer- und Lastenausgleich geschaffen wurde, vielmehr den Gemeinden immer weitere Belastungen auferlegt worden sind, hält der Vorstand dringende Sofortmaßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung und Verbilligung für unumgänglich notwendig. Zu diesem Zwecke müssen nach seiner Auffassung die Bezirksfürsorgeverbände sofort, längstens aber bis 1. April 1932, aufgehoben und deren Geschäfte den Gemeinden übertragen werden. Eine weitere Verzögerung dieser längst reifen Änderung ist angesichts der drückenden Notlage der Gemeinden nicht mehr zu verantworten. Daneben müssen auch die erst nach dem Kriege errichteten Bezirksjugendämter samt der mit dieser Organisation verbundenen umständlichen und zeitaufwendigen Geschäftsabwicklung in Vorstandschafts- und Fürsorgeerziehungsfällen abgebaut werden. Auch die Tätigkeit der Bezirkswohnungsverbände kann weitgehend eingeschränkt und in vielen Bezirken jetzt ganz entbehrt werden, da doch nur Abwicklungsgeschäfte zu erledigen sind. Jede Verzögerung der schon seit Jahren betriebenen Neuordnung der Fürsorgeorganisationen im Sinne einer Vereinfachung verschlimmert die finanziellen Verhältnisse im allgemeinen und die der Gemeinden im besonderen, so daß nunmehr höchste Eile geboten ist, wenn nicht zwangsläufige Lösungen hinzunehmen werden sollen.“

Bildung von Jugendanschlüssen für Tiererziehung

Wie wir erfahren, hat das Unterrichtsministerium an den Verband der Badischen Tiererziehungsvereine die Mitteilung gerichtet, daß nichts im Wege stehe, wenn an badischen Schulen Jugendgruppen für Tiererziehung gebildet werden. Doch wird darauf hingewiesen, daß es nicht statthaft ist, Beiträge zu erheben. Auch dürfte kein Schüler genötigt werden, der Jugendgruppe beizutreten. Was die Leitung der Jugendgruppe betreffe, so käme für die Leiter nur eine freiwillige Übernahme der Leitung in Betracht. In eine finanzielle Unterstützung von Jugendgruppen durch das Unterrichtsministerium könne nicht gedacht werden.

Aus den Parteien

In einer stark besuchten Zentrumsversammlung in Heidelberg kam Kultusminister Dr. Baumgartner u. a. auf die Hindenburg-Wahl zu sprechen und sagte dazu: Im Ausland hat man darauf gewartet, daß Deutschland wenigstens in diesem Augenblick einig sein würde. Es sei nicht des Zentrums Schuld, wenn Hindenburg in den Wahlkampf hineingezogen wurde. Das Zentrum habe die feste Überzeugung, daß trotz aller Intrigen die erdrückende Mehrheit der Deutschen bis weit in die Kreise der Deutschnationalen und Nationalsozialisten hinein für Hindenburg stimmen werde. Hindenburg ist das Symbol der Ruhe, Ordnung und Sicherheit Deutschlands, dem Ausland gegenüber. Wenn der 84-jährige Reichspräsident in seinem Pflichtbewußtsein und seiner Verantwortlichkeit das schwere Amt nochmals annimmt, haben wir allen Grund, ihm zu danken. Er wird es annehmen — aber der Volkswille muß ihn rufen.

23 Bürgermeisterkandidaten. Für die durch Verzicht des bisherigen Bürgermeisters freigewordene Bürgermeisterstelle von Gerbolzheim haben sich 23 Bewerber gemeldet. Zwei der Bewerber sind Gerbolzheimer.

Waagen aller Art liefert:
Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

Aus der badischen Landwirtschaft

Silfernte des badischen Weinbaues. Der Badische Weinbauverband Freiburg hat folgenden Aufruf an die Landesregierung gesandt: „Das Präsidium des Badischen Weinbauverbandes hat in seiner Sitzung sich eingehend mit der derzeitigen schlechten Lage des badischen Weinbaues befaßt. Der Zusammenbruch der Preise (der teilweise erhebliche Ernteausfall) hat bereits manchen Weinbaubetrieb zum Erliegen gebracht. Das Präsidium des Badischen Weinbauverbandes erachtet es deshalb für seine Pflicht, in letzter Stunde die badische Landesregierung nochmals auf diese Tatsachen hinzuweisen und sie zu ersuchen, allen Bingen, die nachweislich die ihnen aufgebürdeten Reallasten nur noch durch Inangriffnahme ihrer Substanz — d. h. durch fortschreitende Vernichtung ihrer Produktions- und Lebensbasis — entrichten können, die Realsteuern bis zu dem im Einzelfall wirtschaftlich tragbaren Maße zu erlassen. Die Erhaltung der Kaufkraft des badischen Weinbaues, eines wesentlichen Teiles unserer badischen Landwirtschaft, muß in wohlverstandener Interesse der Gesamtwirtschaft der Grundgedanke für jeden Wiederaufbau sein.“

Zusammenfassung der Kirchenkassen des Kaiserstuhls. Mit der Neuordnung der Abgabe der Kirchenkassen am Kaiserstuhl befaßte sich eine Interessentenversammlung in Oberrotweil. Es wurde betont, daß es künftig unbedingt notwendig sei, die Märkte unter Beobachtung bestimmter Marktzeiten abzuhalten, um dem Großhandel die Möglichkeit zum Marktbesuch zu geben. Ferner müßte auch die Verpackungsfrage besonders geregelt werden. Darauf hingewiesen wurde, daß in Königshausen etwa 45 Waggons in den Haupterntezeiten täglich abrollen und der Pfingster Markt täglich dem Handel 20 bis 30 Waggons Ware zuführt. Nur eine einheitliche Verpackung und eine sorgfältige Sortierung könne den Kaiserstuhl-Kirchenkassen weitere Absatzmöglichkeiten bringen.

Wahlwahlen an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Am Donnerstag fanden in der Technischen Hochschule die diesjährigen Wahlwahlen statt. Wahlberechtigt sind 1224 Studenten. Gültige Stimmen haben 920 abgegeben, das entspricht einer Wahlbeteiligung von 76,2 Prozent. Auf einen Sitz entfallen 36,8 Stimmen. Die Liste Nat.-Soz. Deutscher Studentenbund erhielt 579 (1931 447) Stimmen gleich 16 (1930 12) Sitze, Katholische Liste 163 (1930 143) Stimmen gleich 4 (4) Sitze, Nationale Liste (Stahlhelm) 72 Stimmen gleich 2 Sitze (diese Liste wurde erst in diesem Jahre aufgestellt), Freie Studentenschaft 106 (128) Stimmen gleich 3 (4) Sitze. 1931 bestand noch die Großdeutsche Liste, auf die 195 Stimmen mit 5 Sitzen entfielen, die aber in diesem Jahre nicht mehr aufgestellt wurde.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. Der Gemeinderat Belschneid (bei Karlsruhe) hat den Malermeister Friedrich Buchleiber (NSDAP.) zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

Die Frage der Redarverschmutzung. Der Bezirksrat Heidelberg hat sich mit der für Heidelberg und die unterliegenden Gemeinden wichtigen Frage der Redarverschmutzung zu beschäftigen. Um sich über die Verhältnisse an Ort und Stelle selbst einen Einblick zu verschaffen, hat der Bezirksrat einen Augenschein in der städtischen Kläranlage Wieblingen, sowie bei Einmündung des Ausflusses der Kläranlage in den Unterwasserkanal der Helmreichsches Fabrik vorgenommen. Die Unzumutbarkeit dieser Anordnung in ihrem jetzigen Zustand hat den Bezirksrat veranlaßt, nach vierstündigen Verhandlungen im Wege einer weiteren Auflage an die Stadtgemeinde eine Mähführung bis zur Mitte des Stromtrichters zu verlangen, damit die jetzt bestehende Verpumpungsgefahre infolge des nicht ausgebagerten Unterwasserkanals in Wegfall komme. Eine ausschlaggebende Rolle kommt überdies in diesem Zusammenhang der Kostenfrage zu. Der Bezirksrat hat sich aber darauf beschränkt, ausführbare praktische Arbeit zu verlangen.

Die Vergabe von städtischen Lieferungen in Pforzheim. Die Kathausfraktion der NSDAP. hat den Antrag gestellt, daß die Stadtverwaltung den Bedarf für ihre sämtlichen Betriebe, Anstalten und Heime nur beim ortsanfässigen Handel, Handwerk und Gewerbe deckt und daß von der Belieferung alle Firmen ausgeschlossen seien, die nicht in Pforzheim ihren Hauptsitz haben. Dazu nimmt der Stadtrat in einer längeren Erklärung Stellung, um nachzuweisen, daß die im obigen Antrag verlangte ausschließliche Berücksichtigung der Geschäfte des Einzelhandels, der Handwerks- und Gewerbebetriebe schon seit Jahren Übung bei der Stadtverwaltung ist. Der Antrag wünsche ein Verfahren, das schon längst bei der Pforzheimer Stadtverwaltung rechtens sei. Bei dieser Sachlage liege für den Stadtrat kein Anlaß vor, sich mit dem Antrag, weil gegenstandslos, sachlich zu befassen.

Mietpreissenkung in städtischen Wohnungen. Der Gemeinderat Neustadt i. Schw. hat die Mieten in den Altwohnungen der Stadt ab 1. Januar 1932 um 10 Prozent der Friedensmiete gesenkt. Die Mieten der Neubaubwohnungen sollen vorläufig um 5 Prozent gesenkt werden, bis feststeht, welche Zinsersparnisse die Gemeinde in Rechnung stellen kann. — Der Gemeinderat hat ferner beschlossen, den Volksfahrtsverwehlosen zum Anbau der notwendigen Kartoffeln für ihren Haushalt gemeindeeigenes Gelände unentgeltlich zu überlassen.

Die Stadt als Hausbesitzer. Die Ungunst der Zeit bringt es mit sich, daß die Stadt Singen a. S. immer wieder Neuhäuser übernehmen muß, zu denen sie in den letzten Jahren zur Förderung des Wohnungsbaues und zur Beschäftigung des Baugewerbes Baudarlehen an zweiter Stelle zur Verfügung stellte. Dieser Tage mußte sie in einer Zwangsversteigerung wiederum ein Anwesen übernehmen. Da die Stadt bereits eine größere Anzahl solcher in der Zwangsversteigerung an ihr hängen gebliebenen Liegenschaften hat und in der Zukunft noch mehrere erhalten dürfte, fragt man sich, wie diese Besitzungen später wieder veräußert werden können.

Im Bürgerauschuß Emmendingen wurde von Bürgermeister Girt mitgeteilt, daß es trotz starken Rückgangs der Einnahmen gelungen ist, den städtischen Haushalt 1931/32 bis heute ohne Fehlbetrag im Gleichgewicht zu halten. Die Mindereinnahmen machen über 35 000 RM aus, davon über 20 000 RM weniger Reichsüberweisungen und etwa 7000 RM Mindereinnahme aus der Bürgersteuer und 8000 RM Mietausfall bei den städtischen Wohnungen. Die Volksfahrtslasten haben den Voranschlagsbetrag um über 20 000 RM überschritten. Die Einsparungen an Gehältern und Löhnen für die Stadt betragen ab 1. Januar auf das Jahr 48 000 RM. Große Sorge bereitet der Haushalt für 1932/33.

Vierfache Bürgersteuer. Aus einer Erhebung, die der Reichsstadtebund veranstaltet hat, und die sich auf etwa 1000 kleine und mittlere Städte erstreckte, ergibt sich, daß schon im Rechnungsjahre 1931/32 Städte mindestens die vierfachen Zuschlagssätze zur Bürgersteuer erhoben haben. Unter ihnen befinden sich 8 preussische, 12 sächsische und 31 thüringische Städte. Ein Teil dieser Städte erhebt sogar die vier- bis halbfache oder gar die fünffache Bürgersteuer. In einer

preussischen Stadt wird die fünfeinhalbfache Bürgersteuer und in zwei thüringischen Städten die sechsfache Bürgersteuer eingezogen. In den Erhebungsjahren ist im allgemeinen die dreifache Bürgersteuer die Regel. Doch ist die Zahl der Städte, die den vier- und mehrfachen Bürgersteuersatz erheben, in Wirklichkeit noch größer, als in der statistischen Aufnahme zum Ausdruck kommt, weil in zahlreichen Fällen die Städte nachträglich noch Erhöhungen des Bürgersteuersatzes vorgenommen haben. Die Bürgersteuer wird trotz der kurzen Zeit, in der sie besteht, heute von den Städten schon so gut wie reiflos ausgeschöpft.

Aus der Landeshauptstadt

Für Hindenburg. In die hier aufgelegten Listen der Tageszeitungen sind bis gestern Abend insgesamt rund 8200 Eintragungen erfolgt.

Karlsruher Rechtsanwält spricht in Budapest. Der Karlsruher Rechtsanwalt Dr. Max Fomberger hielt Donnerstagabend im Ungarischen Juristenverein in Budapest einen mit großem Interesse verfolgten Vortrag über das Thema: Bilanzpublizität und Buchverifikationen im Aktienrecht, unter Berücksichtigung der ungarischen und deutschen Reformbestrebungen.

Die Milchzentrale Karlsruhe auf der „Grünen Woche“ in Berlin. Wie mitgeteilt wird, errang auf der „Grünen Woche“ in Berlin die Milchzentrale Karlsruhe G. m. b. H. einen ersten Preis für molkefähig behandelte Milch.

Edith Viefelschlag hat im Hause ihres halbjährigen Variétévertrages unter dem Namen „Editha“ nach ihrem Auftreten in Basel und Stuttgart mit großem Erfolg als einzige Tänzerin die Josefina-Baller-Tournee mit dem Ensemble des Casino de Paris durch die Schweiz in Genf beendet.

Wiederum Taschendiebstahl am Werk. In den letzten Tagen mehrten sich die Fälle, daß in hiesigen Warenhäusern Frauen, die nicht genügend auf ihre Handtaschen achteten, der Geldbeutel entwendet wurde; auf diese Weise fiel gestern in einem Warenhaus dem Dieb ein Geldbeutel mit 150 RM in die Hand.

Badisches Landestheater. Die Vorbereitungen zum diesjährigen Faschabend, dessen erster Vorstellung am Freitag, den 5. d. M., sich die folgenden Tage bis einschließlich Dienstag, den 9. Februar, mit noch fünf Wiederholungen, darunter eine Sonntag-Nachmittagsvorstellung, anschließen, sind bis auf die letzten Haupt- und Generalproben beendet. Neben den bereits hervorgehobenen Nummern, sei abschließend noch besonders auf den „Mabiertel“ und die losgelassenen „Noten“ aufmerksam gemacht; ferner auf die „Gulgarnturen“, die die Karlsruher Damenwelt in Entzücken zu versetzen geeignet sein dürften, sodann auf die Chancen der „Wurube“, auf den dramatischen Männerchor „Das schwarze Haar“ und den „Kantile von der Schwane“, der für sich selbst sprechen möge. — Unnötig zu sagen, daß Torsten Hecht und Margarethe Schellenberg in idealer Konkurrenz das Überraschendste zu bieten weder Farbe noch Licht noch Phantasie gespart haben und daß Rudolf Walut als wahrhafter Deus ex machina die ganze Maschinerie der Ober-, Mittel- und Unterbühne auf erhöhte Alarmbereitschaft zu setzen für angebracht hielt. Und somit: Auf, den Vorhang!

Veranstaltungen zugunsten der Notgemeinschaft. Als Ergebnis des am 10. Januar 1932 vom Südd. Fußball- und Leichtathletikverband e. V. veranstalteten Notspieles zwischen einer Karlsruher Stadtmannschaft und der Mannschaft des F. C. Austria-Wien wurde der Karlsruher Notgemeinschaft der betragsmäßige Betrag von 169,43 RM zur Verwendung für die Bedürftigen überwiesen. Der Stadtrat hat sich in entgegenkommender Weise bereit erklärt, die Vergünstigungssteuer aus diesem Spiel im Betrage von 169 RM ebenfalls der Karlsruher Notgemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Die vom Südd. Fußball- und Leichtathletikverband e. V. in ganz Süddeutschland durchgeführten Notspiele haben in der Öffentlichkeit den größten Anlauf gefunden.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen 8.35 Uhr: Über England hat sich der hohe Druck weiter verlagert, die maritime Strömung an seinem Nordostflange bezieht heute morgen schon Nord- und Mittelbaden in ihren Bereich, während es im Süden noch föhnig-heißer ist. Die Entwicklung zu Westwetter wird weitere Fortschritte machen. **Vorausage:** Fortdauer der meist trübten Witterung mit zeitweiligen Niederschlägen (Schneefälle als Schnee), mild bei westlichen Winden. Nach späteren antizyklischen Wetternachrichten bringt jetzt Kaltluft nach Deutschland vor, die bereits in Polen und Ostdeutschland Schneefälle verursacht hat. In Finnland sind die Temperaturen stellenweise schon auf 24 Grad unter Null gesunken. Dabei ist auch für Süddeutschland mit kälterem Wetter zu rechnen und die Niederschläge dürften auch in tieferen Lagen in Schnee übergehen. **Wasserstände:** Badshut 184 minus 3, Wafel 21 plus 3, Schusterinsel 36 umberändert, Rehl 184 minus 1, Raragau 361 plus 1, Mannheim 236 minus 2, Caub 163 minus 9.

Kurze Nachrichten aus Baden

Fabrikbrand in Radolfzell
D. Radolfzell, 5. Febr. Heute nacht um halb 3 Uhr brach in dem die Pumpendreherei enthaltenden Dörfel der Gottard-Allweiler Pumpenfabrik AG. Feuer aus. Dieser Flammenbrand fast völlig nieder. Allein der Fabrik Schaden wird auf 700 000 RM. geschätzt. Die Fabrikation erleidet eine Einschränkung. Die Vorsehung der Rundschaft erfolgt jedoch uneingeschränkt aus den vorhandenen Beständen. Von dem Feuer wurde ein umfangreicher Teil der Fabrikanlage betroffen. Es handelt sich um Bauarbeiten, die als Fachwerkbauten ausgeführt sind. Der Fabrik Schaden ist deshalb so hoch, weil auch neun große Spezialmaschinen für die Pumpenfabrikation, die noch ziemlich neu waren, durch den Brand sehr schwer beschädigt worden sind. Die Fabrik liegt im Nordteil der Stadt Radolfzell. Sie ist das größte industrielle Unternehmen, das in Radolfzell seinen Sitz hat. Die Belegschaft beläuft sich auf etwa 1000 Personen.

Id. Mannheim, 5. Febr. Von dem Schnellrichter wurden mehrere Kommunisten abgeurteilt wegen Herstellung und Verbreitung illegaler Druckschriften. Der Stadtverordnete Lofink erhielt 10 Wochen Gefängnis und drei weitere Angeklagte mehrtägige Gefängnisstrafen. Die Verurteilten mußten sofort ihre Strafe antreten.

D. Mannheim, 5. Febr. Der Bezirksrat hat neuerdings die Konzeption zum Betriebe eines Restaurants an Deck des Wohnschiffes „Sankta Maria“ (bei der Silberpappel) bewilligt.

D. Weinsheim, 5. Febr. Im Alter von 64 Jahren ist Moritz Radisch, der langjährige Schriftleiter des „Weinsheimer Anzeigers“, plötzlich einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene befand sich gerade in der Sprechstunde des ihn behandelnden Arztes, als der Tod seinem arbeitsreichen Leben ein jähes Ziel setzte.

Id. Godesheim, 4. Febr. Eine am Sonntag, den 31. Januar abgehaltene Versammlung der SPD. war von dem anwesenden Gendarmeriebeamten aufgelöst worden, weil an Stelle des erkrankten ursprünglichen Redners ein anderer Redner sprechen sollte. Die Versammlung war vorher ordnungsmäßig angemeldet und vom Bezirksamt auch genehmigt worden. Wie der „Volksstimme“ von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat der Minister des Innern das Vorgehen der Gendarmerie als nicht zulässig bezeichnet und Anlaß genommen, abgesehen von der Untersuchung des Einzelfalles, allgemeine Anordnungen zu treffen, daß eine derartige dem Sinn und Zweck der Verordnungen nicht entsprechende Handhabung für die Zukunft vermieden wird.

Id. Freiburg, 4. Febr. Das Dampfsgewerk der Firma C. Wolf & Co., das im Vorjahre abbrannte, wird in Sulzburg am alten Platz wieder aufgebaut. Die Bauarbeiten wurden bereits wieder aufgenommen. Der Betrieb soll so rasch wie möglich wieder aufgenommen werden.

Id. Waldshut, 5. Febr. Bei der Stadt Waldshut haben sich die Vertreter des Verkehrsvereins für die Erstellung eines Rheinstegs von Waldshut nach Kull eingesetzt. Sie sind auch mit einem diesbezüglichen Gesuch bei der Baubehörde des Kantons Aargau vorstellig geworden. Zunächst soll nun der Kostenanschlag geprüft werden.

Id. Singen a. S., 5. Febr. Der letzte Tag (Donnerstag) vor dem heute erfolgten Austritt des Handelsvertrags zwischen der Schweiz und Deutschland gestaltete sich an der Grenze außerordentlich lebhaft und ließ den Geschäftsverkehr der vorhergehenden Tage weit zurück. Es kamen sogar Sonderzüge mit Langholz und mit Schnittware auf der Station Singen an. Ein Großteil der Holzware ist noch nicht verkauft, sondern wird einstweilen an den Grenzplätzen aufgestapelt.

D. Rodenhäuser (Pfalz), 5. Febr. Im benachbarten Ruppertsheim hat sich der 48 Jahre alte ledige Tündergehele Johann Loh seine Arbeitslosigkeit so zu Herzen genommen, daß er seinem Leben durch einen Revolveranschlag in den Kopf ein Ende machte.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	5. Februar		4. Februar	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.55	169.89	169.45	169.89
Kopenhagen 100 Kr.	80.12	80.28	79.92	80.08
Italien . . . 100 L.	21.84	21.88	21.68	21.72
London . . . 1 Pf.	14.52	14.56	14.48	14.52
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.56	16.60	16.56	16.60
Schweiz . . . 100 Fr.	82.00	82.25	82.07	82.23
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
zag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 3. Februar 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 3. Februar 1932 für eine Unze Feingold 119 sh 5 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 3. Februar 1932 mit 14,55 M umgerechnet 86,8756 M, für ein Gramm Feingold demnach 46,0720 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,79311 M.

Effekten- und Geldmarkt

Das Verlangen nach Wiedereröffnung der Börsen wird immer dringender. Nachdem die Stillhalterverhandlungen abgeschlossen sind, sind die Bedenken hingegen auch geringer geworden, so daß mit einer baldigen Börseneröffnung auch gerechnet werden kann. Der Börsenverkehr war in dieser Woche vorwiegend abgeschwächt. Die Entwicklung in Ostasien wurde mit Besorgnis betrachtet, zumal man mit der Möglichkeit besonderer Maßnahmen Englands und Amerikas rechnet. Auch Verlautbarungen über einen angeblich bevorstehenden neuen englisch-französischen Schritt in der Reparationsfrage veranlassen Zurückhaltung. An den Effektenmärkten kam es meist zu kleineren Abschwüngen. Am Rentenmarkt blieb die Gesamtlage behauptet. Im Vorbergrund standen Reichsschuldbuchforderungen, die 1 bis 2 Proz. höher waren. Der Januar-Minimo ist auf dem Geldmarkt verhältnismäßig leicht verlaufen. Da für den Verlauf des kommenden Monats eine weitere Entspannung des Geldmarktes erwartet wird, falls nicht wieder Störungsmomente von außen auftreten, tauchen Hoffnungen auf, die Reichsbank würde eine neue Diskontierung vornehmen. Daß ein höherer Diskontsatz Auslandsgelder nicht im Lande festsetzen kann, steht nun doch wohl fest. Der Zahlungsmittelumlauf ist zur Zeit der niedrigste seit zwei Monaten. Der erneute Rückgang der Gold- und Devisenbestände dürfte auf Zinszahlungen für Auslandsschulden zurückzuführen sein.

Mannheimer Hafenverkehr im Januar

Der Wasserstand des Rheins wie des Neckars ging bis einschließlich 3. Januar weiter zurück. Durch plötzlich einsetzende Warmluft und Regen trat im Gebirge Schneeschmelze ein und brachte Rhein und Neckar rasch zum Steigen. Der höchste Wasserstand wurde am 11. Januar im Rhein mit 555 Zentimeter und im Neckar mit 564 Zentimeter erreicht. Von da an ging der Wasserstand abnehmend zurück. Der niedrigste Wasserstand des Rheins betrug am 3. Januar 208 Zentimeter, der des Neckars 223 Zentimeter. Die Schifffahrt war auch im Januar schlecht befähigt. Ende Januar waren immer noch 95 Rähne mit einer Ladefähigkeit von 89 927 Tonnen stillgelegt. Der Gesamtumschlag betrug 318 225 Tonnen (i. B. 444 478 Tonnen), gegenüber dem Vormonat weniger 91 565 Tonnen.

Rheinverkehr:

Ankunft 240 Güterboote und 630 Schleppfähne mit 249 779 Tonnen, Abgang 240 Güterboote und 600 Schleppfähne mit 50 728 Tonnen.
Neckarverkehr:
Ankunft 3 Güterboote und 59 Schleppfähne mit 13 222 Tonnen, Abgang 3 Güterboote und 30 Schleppfähne mit 4496 Tonnen.
Auf den Handelsflüssen entfallen: Ankunft 187 988 Tonnen, Abgang 44 762 Tonnen, auf den Industriehäfen: Ankunft 54 330 Tonnen, Abgang 6530 Tonnen, auf den Rheinhäfen: Ankunft 70 688 Tonnen, Abgang 3932 Tonnen.
Der in obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff betrug: auf dem Rhein 24 885 Tonnen, auf dem Neckar 16 857 Tonnen.
Auf dem Neckar sind 13 direkte Schleppzüge abgegangen. An Güterwagen wurden während des Berichtsmontats gestellt: im Handelsflüssen 9838, im Industriehäfen 7126, im Rheinhäfen 8408 10-Tonnen-Wagen.

Einschränkung der Kohleneinfuhr aus England. Der Reichskohlenkommissionar hat den Importeuren mitgeteilt, daß ab 1. Februar eine weitere Einschränkung der Einfuhr-Kontingente für englische Kohle erfolgt, die dem Rückgang des Inlandsverbrauchs Rechnung trägt. Nach Presseberichten wird in beteiligten Kreisen das neue Kontingent auf 1,7 Mill. jährlich geschätzt, gegen bisher 2,5 Millionen Tonnen und 2,9 vor dem 1. Februar 1931. In einzelnen Fällen geht die Einschränkung bis zu 46 Prozent.

Zur Lösung des Abfahrs von Originalsaatgut von Getreide hat der Reichsernährungsminister Mittel zur Zinsverbilligung der Kredite zur Verfügung gestellt. Die Verbilligung beträgt 3 Proz. bei einem Reichsbankdiskont von 7 Proz.

Besprechung zwischen deutschen und französischen Schuhfabrikanten. Am Mittwoch fanden in Baden-Baden zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Schuhindustrie Besprechungen statt. Die Verhandlungen hatten nur informativ Charakter; endgültige Abmachungen wurden nicht getroffen. Von französischer Seite wurde erklärt, daß über eine Fortsetzung der Verhandlungen noch weitere Nachrichten gegeben werde. Die Verhandlungen spielten sich in freundschaftlichem Geiste ab.

Der Jahresausweis der BZ in Basel ist mit 1 036,06 Millionen Schweizer Franken gegenüber dem Ausweis vom 31. Dezember 1931 mit 1 040,83 Millionen Schweizer Franken nahezu unverändert.

Auftragmangel bei den eisenhütten Kaliminen. Die Direktion der eisenhütten Kaliminen hat dieser Tage 250 ledige polnische Arbeiter entlassen und sie nach ihrer Heimat geschickt. Dieser Schritt liegt im Mangel an Aufträgen begründet.

Staatsanzeiger

Wahl des Reichspräsidenten.
An die Gemeindebehörden!
Nach Mitteilung des Herrn Reichsministers des Innern ist mit Ausschreibung der Reichspräsidentenwahl in nächster Zeit bestimmt zu rechnen. Die Gemeinden werden daher veranlaßt, schon jetzt alle Vorkehrungen dahin zu treffen, daß die Stimmkästen und Stimmfalten jederzeit auslegungsfähig sind. Soweit die Stimmfalten und Stimmkästen von den Gemeindebehörden nicht fortgeschrieben werden, müssen sie berichtigt, ergänzt oder neu aufgestellt werden.
Die Wahlvorschlüge für die Wahl des Reichspräsidenten bedürfen u. a. auch der Bescheinigung der Gemeindebehörden, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages stimmberechtigt sind (§ 82 d der Reichsstaatsordnung). Diese Bescheinigungen auf den Unterschriftenlisten können schon jetzt ausgestellt werden. Den Ersuchen um Ausstellung derartiger Bescheinigungen ist mit unthätiger Bescheinigung zu entsprechen.
Karlsruhe, den 5. Februar 1932.
Der Minister des Innern.
Raier.

Nach den Mitteilungen der Bezirksärzte waren am 1. Februar 1932 im Lande Baden derzeit mit:

Maul- und Nasenleuse:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal	Landshausen
Bühl	Schwarzach, Stollhofen
Ettlingen	Auerbach
Seibelsberg	Seibelsberg-Kirchheim, Seibelsberg-Rohrbach
Karlsruhe	Sohrenwetterbach, Staffort
Rehl	Lichtenau
Lörrach	Anglingen, Weil a. Rh.
Mannheim	Mannheim-Sedenheim, Zibschheim, Neckarhausen, Plankstadt
Rohrbach	Rohrbach
Schopfheim	Schopfheim
Sinsheim	Eppingen, Neckarbischofsheim, Zugenhausen
Weinheim	Weinheim, Heddesheim, Gernsbach, Lühelbach, Sulzbach
Wiesloch	Gorrenberg-Oberhof, Ralsch, Rehtigheim
Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Mannheim-Friedrichsfeld
Wiesloch	Schatthausen
Milchbrand:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr	Jahenheim, Schutterzell
Offenburg	Altenheim

Badisches Statistisches Landesamt.

B. 673. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Hans Sünichsen, G. m. b. H., in Liquidation in Karlsruhe, Baumeisterstraße 26, Großhandlung elektrotechnischer Bedarfsartikel, wurde infolge Todes des bis herigen Konkursverwalters zum neuen Konkursverwalter bestellt: Rechtsanwalt Kurt Emmerich in Karlsruhe, Kreuzstraße 31, Karlsruhe, den 2. Febr. 1932, Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 3.

B. 674. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Friedrich Maeyer Witwe, Installationsgeschäft in Karlsruhe, Gartenstraße 8, ist zur Abnahme der Schlussrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschüßmitglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlußterminus be-

stimmt auf: Freitag, den 26. Februar 1932, nachm. 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Stadmeisterstr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 150, Karlsruhe, den 30. Januar 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.



Badisches Landestheater
Samstag, den 6. Febr. 1932
Faschnacht-Kabarett
Musikalische Leitung:
Alle Kapellmeister
Einstudierung der Tänze:
Efriede Kaufmann
Anlage: Felix Baumbach
Mitwirkende:
Das gesamte Personal
Anfang 20 Ende 28
Preise F (1-7 RM)
So. 7. 2. Nachmittags:
Faschnacht-Kabarett.
Abds.: Faschnacht-Kabarett.
Im Konzerthaus:
Keine Vorstellung
No. 8. 2. Faschnacht-Kabarett.
Di. 9. 2. Faschnacht-Kabarett.